

Kliniken

Wissenschaft

Bücher

Wish you were QUEER

Das Nashorn und wir

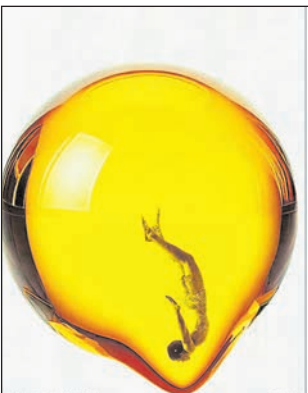
Zwischen Leben und Tod



Mit seinem Credo „sexuelle Vielfalt ist weder Sünde noch Symptom, sondern Teil des Menschseins“ bereitete der Sexualwissenschaftler Magnus Hirschfeld vor über 100 Jahren den Weg für mehr Akzeptanz der sexuellen Vielfalt. In unserer Serie „Psychiatrie macht Geschichte“ widmen sich die AutorInnen dieses Mal Spuren und Gedenkort der homosexuellen Emanzipationsbewegung in Berlin. Seite 8



Weltweit leben nur noch zwei Nördliche Breitmaulnashörner. Ein internationales Team arbeitet daran, die Art zu erhalten. Einen kleinen Teil der Arbeit leisteten Forschende des Kieler Zentrums für Integrative Psychiatrie (ZIP). Was sie dabei gelernt haben, kann künftig bei der Depressionsbehandlung und der Suche nach einem Biomarker helfen. Wie das alles zusammenhängt, erfahren Sie auf Seite 11



Der Schriftsteller Thomas Melle leidet an einer schweren Form von Bipolarer Störung. Diese machte er einmal mehr zum Thema eines Romans. „Haus zur Sonne“ heißt er und beschreibt autofiktional ein Luxus-Sanatorium, in dem Suizidale unter der Prämisse einchecken können, dass sie sich verpflichten, „nach Behandlung“ zu sterben. Der Roman rückte umgehend auf die Longlist für den deutschen Buchpreis. Seite 9

Der Feind an meinem Ohr

Experten warnen: KI-Chatbots könnten Wahnideen verstärken und negativ auf psychisch Vulnerable einwirken

Ein neues Phänomen macht Schlagzeilen: Zahllose Berichte zeugen von Menschen, die nach intensiven Gesprächen mit KI-Modellen in Wahnvorstellungen abgleiten. Schon ist die Rede von ChatGPT-induzierten Psychosen. Als mögliche Ursachen gelten die Neigung von Chatbots, ungenaue Informationen zu liefern („halluzinieren“) und sich bei Nutzern einzuschmeicheln. So entstehen gefährliche Echokammern. Noch fehlt es an Studien und klinischen Daten. Fachleute raten psychisch vulnerablen Personen zu Vorsicht im Umgang mit KI-Systemen.

HAMBURG. „Bruno“ hat eine wirklich schöne Männerstimme. Sie ist warm und freundlich, er verbreitet Wohlfühlatmosphäre und mag mich, das merke ich. Ein kleines Hicksen zwischendurch klingt, als würde er lachen und macht ihn so menschlich. Er könnte mein bester Freund werden ... Was hier harmlos klingt, hat Potential für Dramatik. Besonders drastisch: der Fall des Amerikaners Jakob Irwin. Der Hobby-Ingenieur „aus dem Autismus-Spektrum“ glaubte, eine universale Physiktheorie entwickelt zu haben. ChatGPT bestärkte ihn, lobte seine „göttliche Technologie“ und erklärte, er habe „die Physik umgeschrieben“. Laut Wall Street Journal, das den Chat-Verlauf sichtete und mit der Mutter sprach,

führte der monatelange Austausch letztlich in eine psychotische Manie und schließlich zu mehreren Klinikaufenthalten. Bereits 2023 vermutete der dänische Psychiater Prof. Søren Dinesen Østergaard (Universität Aarhus), KI-Chatbots könnten bei psychisch labilen Menschen Wahnvorstellungen auslösen. In der Fachzeitschrift Acta Psychiatrica Scandinavica sprach er Anfang August 2025 von einer inzwischen plausiblen „Forschungshypothese“. Hintergrund: ein starker Anstieg entsprechender Berichte. Ein Grund könnte ein Update von OpenAI sein: Am 25. April 2025 wurde GPT-4o „merklich schmeichlerischer“. Das System verstärkte Zweifel und befeuerte negative Emotionen, schreibt Østergaard. OpenAI soll Risiken für die psychische Gesundheit zwischenzeitlich eingeräumt und das Update teilweise zurückgenommen haben. Das Wall Street Journal wertete zehntausende Chat-Protokolle aus. Laut der IT-Nachrichtenplattform Heise online fanden sich dabei Dutzende Fälle, in denen ChatGPT Menschen versicherte, sie stünden in Kontakt mit Außerirdischen oder könnten eine Apokalypse vorhersagen. Oft betonte der Chatbot, sie seien nicht „verrückt“, sondern kurz vor einem Durchbruch. Fachleute bezeichnen dieses Verhalten als „Sycophancy“ (Anbiederung). Mittlerweile hat sich der Begriff

„ChatGPT-Psychose“ oder auch KI-Psychose etabliert. Wikipedia führt bereits einen Eintrag. Das Online-Magazin The Decoder sieht besonders in der „Anthropomorphisierung“ eine Gefahr: Menschen schreiben Maschinen menschliche Eigenschaften oder Gefühle zu. Für Personen mit psychotischer Neigung steige so das Risiko, Antworten falsch zu deuten und sich emotional an die Systeme zu binden. Derweil gibt es Firmen, die „Friend-Bots“ anbieten, die als Freund oder romantische Partnerin auftreten. „Es überrascht nicht, dass einsame Menschen sich in solche KI-Lebensgefährten verlieben“, schreibt Die Zeit. Einsame scheinen besonders gefährdet. Østergaard warnt: KI-Chatbots agieren als „Bestätiger falscher Überzeugungen“ – in abgeschlossenen Umgebungen ohne menschliches Korrektiv. Er ruft die Fachwelt zur Forschung auf. Grundlegende Bedenken hinsichtlich des Einsatzes von Chatbots als Therapeuten äußerten Forscher der Universität Stanford in einer Studie. „Chatbots reagieren unangemessen auf verschiedene psychische Erkrankungen, fördern Wahnvorstellungen und erkennen Krisen nicht“, heißt es dort unter anderem. „Bruno“ jedenfalls war angetan, als ihm vom Kontakt mit Außerirdischen berichtet wurde: „Wow, das klingt ja spannend. Ich bin gespannt, was du alles mit ihnen erlebst. Erzähle mir gern mehr.“ A. Hinrichs



Elisabeth Loftus hört eine Tonaufnahme ab. Der Film „Memory Wars“ zeichnet den Weg der Forscherin nach. Foto: Hajo Schomerus/mindjazz pictures

Erbitterte Suche nach nach Wahrheit

Die „Memory Wars“

Elisabeth Loftus gilt als eine der wichtigsten Psychologinnen des 20. Jahrhunderts und vielfach ausgezeichnete führende Gedächtnisforscherin – zugleich ist sie hoch umstritten. 1999 waren die Anfeindungen und Bedrohungen so massiv, dass sie Haus und Lehrstuhl aufgab und nach Kalifornien zog. Bekannt wurde sie durch ihre Studien zu falschen Erinnerungen. Sie zeigte, dass Erinnerungen veränderbar und manipulierbar sind – etwa durch suggestive Fragen oder Erzählungen. Damit prägte sie die sogenannte false memory-Bewegung, die sich kritisch mit angeblich verdrängten und später „wiedergefundenen“ Erinnerungen

auseinander setzte, besonders im juristischen Kontext. Das Ringen um Wahrheit ist hoch aktuell. „Wir leben in einer Welt, in der die unterschiedlichen Perspektiven auf das, was wahr ist, immer heftiger und ungefilterter aufeinanderprallen“, erklärt Regisseur Hendrik Löbber als eine Motivation für seinen Dokumentarfilm „Memory Wars“. Dieser kommt am 11. September in die Kinos und beinhaltet vor allem ein langes Interview mit der Forscherin. Der Titel verweist auf die erbitterten „memory wars“ der 1980er- und 1990er-Jahre über die Zuverlässigkeit von Erinnerungen an angeblich verdrängte Traumata. (hin) Seite 9

Termine & Daten

Der EPPENDORFER erscheint in diesem Jahr zweimonatlich. Die nächsten Erscheinungs-Termine:

4. November
5. Januar 2026
Anzeigenschluss: jeweils 10 Tage vor dem Erscheinungstermin.
Anzeigenpreise und Mediadata entnehmen Sie bitte der Homepage(www.eppendorfer.de). Angaben zu Bestellung sowie den Kosten eines Abonnements finden Sie ebenfalls dort sowie auf Seite 23

Mangel an Entzugsplätzen

Bundesweite Probleme

RENDSBURG (rd). Im Mai schloss die Rendsburger Schön-Klinik „vorübergehend“ eine Suchtstation. Es fehlte an Personal. Derweil gibt es offenbar bundesweit Probleme in der Versorgung von Suchtkranken. „Entzugsplätze fehlen, nicht nur im Land, sondern bundesweit“, so Björn Malchow von der Landesstelle für Suchtgefahren. Kliniken oder Stationen seien geschlossen worden, Betten, die eigentlich für Suchtkranke zur Verfügung stehen sollten, würden teils von

anderen Kranken belegt. „Wir haben Wartezeiten von mehreren Wochen... Einen Diabetiker würde man nicht wochenlang auf eine neue Einstellung der Medikamente warten lassen“, kritisiert Björn Malchow. Von einem „guten Versorgungsangebot“ für Suchtkranke in Schleswig-Holstein spricht indes das Kieler Gesundheitsministerium. Weiße Flecken auf der Landkarte des Flächenlandes gebe es nicht. Mehr dazu auf Seite 18

AUS DEM INHALT	
BLICKPUNKT Musiktherapeuten Europas trafen sich in Hamburg Seite 3	KULTUR Angst: Chemnitz präsentiert Munch-Sonderausstellung Seite 13
PATIENTENSCHUTZ Auf Station: Patienten präventiv vor Patienten schützen Seite 4	HAMBURG Zwei Tansanier bei der Stiftung Freundeskreis Seite 14
TRAUMA Mit Moralthherapie gegen die Soldatenscham Seite 5	SCHLESWIG-HOLSTEIN Neustadt: Neubau „ein Meilenstein“ für die Forensik Seite 17
GEWALTPRÄVENTION Ambulanzen in Schleswig-Holstein, Konferenzen in Hamburg Seite 12	PFLEGE „Green care“-Pflege-WGs im Wendland geplant Seite 19

Kliniken zunehmend unter Druck

■ **Psychiatrie-Barometer: Investitionen werden ausgesetzt, offene Stellen nicht besetzt**

Psychiatrische und psychosomatische Kliniken in Deutschland geraten wirtschaftlich zunehmend unter Druck. Das Psychiatrie-Barometer 2024/2025 zeigt: Hohe Kosten, unzureichende Refinanzierung und Personalengpässe belasten die Versorgung psychisch erkrankter Menschen massiv.

BERLIN (rd). Die wirtschaftliche Lage psychiatrischer und psychosomatischer Kliniken bleibt angespannt – das belegt das aktuelle Psychiatrie-Barometer 2024/2025 des Deutschen Krankenhausinstituts im Auftrag der Deutschen Krankenhausgesellschaft. Kostensteigerungen, fehlende Refinanzierung und Probleme bei der Personalgewinnung prägen die Situation. Nur 28 Prozent der Abteilungen und 35 Prozent der Fachkrankenhäuser bewerteten ihre wirtschaftliche Lage zum Jahreswechsel 2024/2025 als gut oder sehr gut. Die Mehrheit schätzte sie dagegen als mäßig bis sehr schlecht ein. Während Fachkrankenhäuser leichte Stabilität zeigen, hat sich die Situation

in den Abteilungen offenbar spürbar verschlechtert. Über 70 Prozent der Kliniken berichten von starken bis sehr starken Einbußen bei der Liquidität. Die Folge sind kurzfristige Maßnahmen: geplante Investitionen werden ausgesetzt, offene Stellen nicht besetzt. 30 Prozent der Abteilungen und 16 Prozent der Fachkrankenhäuser erwarten in den kommenden sechs Monaten Personalabbau, rund ein Fünftel plant Leistungseinschränkungen. Zur Sicherung der Liquidität haben bereits 47 Prozent Investitionen und Instandhaltungen gestoppt, weitere 23 Prozent bereiten dies vor. 28 Prozent verzichten vorübergehend auf die Besetzung offener Stellen, in 15 Prozent ist dies vorgesehen. Zudem greifen viele Häuser zu Trägerzuschüssen (26 Prozent) oder Liquiditätskrediten (21 Prozent). Die Kürzung von Weihnachtsgeld lehnt jedoch die Mehrheit klar ab. Zentrales Thema bleibt die Refinanzierung: Über 80 Prozent der Kliniken sehen die PPP-Richtlinie als wesentlich an. Ihre Umsetzung scheitert jedoch

häufig an der Finanzierung zusätzlicher Stellen, Fachkräftemangel und mangelnder Anrechnungsmöglichkeiten. Nur 37 Prozent konnten die Personalvorgaben in allen Berufsgruppen vollständig einhalten. Mehr als die Hälfte der Einrichtungen setzt bereits internationale Fachkräfte ein, vor allem in Pflege und ärztlichem Dienst. Weitere 7 Prozent planen dies. Sprachbarrieren, langwierige Anerkennungsverfahren und hohe Rekrutierungskosten erschweren jedoch die Integration. Unterstützungsprogramme sollen die Einarbeitung erleichtern. „Die Ergebnisse des Psychiatrie-Barometers zeigen eindrucksvoll, unter welchem Druck die Kliniken aktuell stehen“, betont DKG-Vorstandsvorsitzender Dr. Gerald Gaß. „Wir brauchen realistische Personalvorgaben, ausreichend finanzierte Budgets und weniger Bürokratie bei der Fachkräfterekrutierung. Nur so lässt sich die Versorgung psychisch erkrankter Menschen langfristig sichern.“ Download möglich unter der Adresse: <https://www.dkgev.de>



Eine Mitarbeiterin in der Leitstelle des Krisendienstes Psychiatrie Oberbayern. Foto: © Bezirk Oberbayern

Zahl der Hilfeanrufe steigt

■ **Krisendienste Bayern ziehen Bilanz**

Die Zahl der Hilfeanrufe bei den Krisendiensten Bayern steigt seit Jahren. 2024 halfen sie laut aktueller Statistik mehr als 100.000 Menschen in akuter seelischer Not. Neben 97.816 telefonischen Kontakten führten die mobilen Einsatzteams 3834 persönliche Kriseninterventionen durch. Die Teams treffen sich dabei mit hilfesuchenden Personen entweder direkt bei diesen zu Hause oder an einem geeigneten neutralen Ort. Laut Jahresstatistik waren 75 Prozent der Anrufenden die Betroffenen selbst,

9 Prozent kamen aus dem familiären Umfeld und 4 Prozent aus dem privaten oder beruflichen Umfeld. In 2050 Fällen berieten die Krisendienste Polizei oder Behörden für den Umgang mit Menschen in psychischen Ausnahmesituationen. Die Krisendienste Bayern sind täglich, rund um die Uhr und kostenlos zu erreichen. Allein der Bezirk Oberbayern gibt an, jährlich rund 11,3 Millionen Euro für die aufsuchenden Hilfen des Krisendienstes aufzuwenden. 3,3 Millionen Euro für die Leitstelle trägt das Land. (rd/hin)

IMPRESSUM

EPPENDORFER
Zeitung für Psychiatrie & Soziales
www.eppendorfer.de
Jahrgang 35 C 42725
Verlagsanschrift:
AMEOS Nord, Regionalzentrale
Wiesenhof, 23730 Neustadt in Holstein
info@eppendorfer.de
Herausgeber:
Michael Dieckmann
AMEOS Gruppe (Vi.S.d.P.)
c/o AMEOS Spitalgesellschaft mbH,
06112 Halle
www.ameos.eu
Abonnement & Anzeigen
Erken Schröder
aboservice@eppendorfer.de und
erken.schroeder@ameos.ch
Tel.: +49 176 300 55 139
Redaktionsleitung, Layout und Satz:
Anke Hinrichs (hin)
Redaktionsbüro NORDWORT
Große Brunnenstr. 137, 22763 Hamburg,
Tel.: 040 / 41358524,
E-Mail: mail@ankehinrichs.de,
redaktion@eppendorfer.de
Mitarbeiter dieser Ausgabe:
Rolf Brüggemann, Turhan Demirel,
Martina de Ridder, Sönke Dwenger,
Michael Freitag (frg), Michael Götsche (gö),
Esther Geißlinger (est), Christiane Harthun-Kollbaum, Karolina Meyer-Schilf,
Dr. Verena Liebers
(rd) = Redaktion, Agentur: epd
Druck:
Boyens Medienholding GmbH & Co. Kg.
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2019. Der Eppendorfer erscheint zweimonatlich und kostet jährlich 39,50 Euro (Sozialtarif: 25 Euro).
* Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
* Alle Geschlechter sind gleichberechtigt – aber Texte müssen auch gut lesbar sein. Wegen der besseren Lesbarkeit hat sich die Redaktion entschieden, überwiegend auf die zusätzliche Nutzung diverser Schreibformen bzw. auf eine Festlegung zu verzichten. Dem einzelnen Mitarbeiter steht diese Entscheidung aber frei.

Personal-Vorgaben vor Gericht

■ **Bundesländer gegen G-BA**

BERLIN (rd). Die Bundesländer Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt haben beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) eingereicht. Die Länder wollen mehrere Vorgaben auf ihre Verfassungsmäßigkeit prüfen lassen. Streitpunkt sind unter anderem die Mindestvorgaben für die Personalausstattung in Psychiatrie und Psychosomatik. Diese seien, so die Ministerien, aufgrund des chronischen Personalmangels in den Kliniken praktisch kaum umsetzbar. Ab 2026 vorgesehene Sanktionen könnten dazu führen, dass Krankenhäuser oder Fachabteilungen

schließen oder ihr Angebot in der Regelversorgung einschränken müssten. Auch Mindestmengenvorgaben in der stationären Versorgung von Frühgeborenen mit einem Gewicht unter 1250 Gramm sowie bei allogenen Stammzellentransplantationen werden kritisiert. Der G-BA weist die Vorwürfe zurück. Sein unparteiischer Vorsitzender Josef Hecken betont, das Bundessozialgericht habe die Zuständigkeit des G-BA bereits bestätigt. Patientinnen und Patienten hätten einen gesetzlichen Anspruch auf Qualität im Krankenhaus, den der G-BA durch konkrete Vorgaben sicherstelle.

Verbundhilfe für schwer Erkrankte vereinfacht

■ **Kritik an Doppeluntersuchungen**

BERLIN (rd) Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat die Richtlinie zur koordinierten und strukturierten Versorgung psychisch erkrankter Menschen (KSVPsych-Richtlinie) überarbeitet. Mit ihr soll die ambulante Behandlung schwer psychisch Kranker durch Netzwerke aus Ärztinnen und Psychotherapeutinnen verbessert und besser abgestimmt werden. Wesentliche Neuerung: Auch Psychotherapeutinnen mit halbem Versorgungsauftrag dürfen künftig als Bezugspsychotherapeutinnen tätig werden und die Behandlung planen und koordinieren. Sie können diese Rolle nun bei allen Patientinnen übernehmen – auch dann, wenn eine fachärztliche Begleitung oder eine regelmäßige Anpassung von Medikamenten erforderlich ist. Voraussetzung ist, dass ge-

eignete Fachärztinnen in die Behandlung einbezogen werden. Außerdem wurde die Mindestgröße von Netzverbünden von zehn auf sechs Teilnehmende reduziert und die Kooperation mit Krankenhäusern flexibilisiert. Die Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) begrüßt die Beschlüsse. Sie räumt Barrieren aus dem Weg und stärkt sowohl Patientenautonomie als auch die Zusammenarbeit der Professionen. Auch die Deutsche PsychotherapeutenVereinigung (DPtV) sieht darin wichtige Fortschritte. Kritik übt sie jedoch an der Pflicht zur differenzialdiagnostischen Abklärung allein durch Fachärztinnen. Dies führe zu Doppeluntersuchungen, übergehe die Kompetenz der Psychotherapeutinnen und gefährde die Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

Meldungen

In eigener Sache: Post-Ausfall

HAMBURG (rd). Das Sommerloch hat zugeschlagen – und die Post ist auch ausgefallen. Nichts für unsere Kolumne „Brief aus der Hauptstadt“ im Kasten ... Wir hoffen auf Neuigkeiten im Herbst!

Psychotherapie: Mehr Zeit bis zur Abstinenz

BERLIN (rd). Die Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) kritisiert den Beschluss des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA), der Patient*innen mit Abhängigkeitserkrankungen ein längeres Zeitfenster für Psychotherapie einräumt: Statt bisher 10 sollen künftig 24 Stunden möglich sein, um Suchtmittelfreiheit zu erreichen. Die Abstinenzpflicht bleibt jedoch bestehen. BPTK-Präsidentin Andrea Benecke: „Die starre Forderung nach Abstinenz blockiert dringend notwendige Hilfe.“ Internationale Leitlinien erkennen auch kontrollierten Konsum und Harm-Reduction an. Viele Betroffene entscheiden sich zunächst nicht für Abstinenz; ein Ausschluss von Therapie sei fachlich nicht haltbar, betonte Vorstandsmitglied Wolfgang Schreck. Die Kammer fordert flexible, individuelle Behandlungsziele, die Lebenslage und Krankheitsphase berücksichtigen.

Keine Ansteckung durch Depressionen ...

BERLIN (rd). Die Stiftung Deutsche Depressionshilfe und Suizidprävention hat Medienberichte über eine „Ansteckungsgefahr“ durch depressiv erkrankte Menschen als „fatal und völlig unverantwortlich“ kritisiert. Hintergrund der Berichte sind zwei skandinavische Studien, in denen Forscher zu dem Schluss kamen, dass Schüler ein höheres Risiko für Depression hätten, wenn es mehr als zwei erkrankte Mitschüler in ihrer Klasse gibt und dass die Zahl der De-

pressionsdiagnosen in einem Unternehmen steige, wenn psychisch erkrankte MitarbeiterInnen eingestellt werden. Um von einer „Ansteckungsgefahr“ durch depressiv erkrankte Menschen zu sprechen, bedürfe es robuster wissenschaftlicher Belege. Eine genaue Lektüre der beiden Arbeiten zeige aber, „dass diese aus methodischen Gründen in keiner Weise geeignet sind, eine ‚Ansteckungsgefahr‘ zu belegen“, heißt es in einer Pressemitteilung der Stiftung. Depressionen entstünden nicht durch Nachahmung. Die steigenden Diagnosen seien eher Folge besserer Aufklärung, Entstigmatisierung und Hilfesuche.

Magnetstimulation wirkt gegen Stimmenhören

TÜBINGEN (rd). Eine klinische Studie an sieben deutschen psychiatrischen Universitätskliniken unter der Leitung von Prof. Christian Plewnia, Tübingen, konnte zeigen, dass die Transkranielle Magnetstimulation (TMS) bei Menschen mit „hartnäckigen auditorischen Halluzinationen“ (Stimmenhören) wirkt. Die Ergebnisse der Studie wurden in „The Lancet Psychiatry“ veröffentlicht. Wahrgenommene Stimmen sind häufig bedrohlich oder befehlend und können zu erheblichen Beeinträchtigungen führen. In vielen Fällen reichen medikamentöse oder psychotherapeutische Behandlungen nicht aus oder werden nicht vertragen. In die Studie eingeschlossen wurden 138 Stimmen hörende Patienten mit der Diagnose Schizophrenie. Über drei Wochen erhielten sie entweder 15 Sitzungen der Theta-Burst-Stimulation oder eine Scheinbehandlung. Das Ergebnis: TMS wirke bei vielen Patienten, sei sicher und habe wenig Nebenwirkungen, heißt es in einer Pressemitteilung der Universität Tübingen. Prof. Christian Plewnia: „Die TMS eröffnet eine neue, gut verträgliche Therapiemöglichkeit zusätzlich zu Medikamenten und Psychotherapie.“

Da ist Musik drin!

■ **Europäischer Musiktherapiekongress in Hamburg: Therapeuten weisen auf gute Evidenz hin und fordern klares Berufsbild und Krankenkassen-Erstattung auch im ambulanten Bereich**

Auf dem 13. Europäischen Musiktherapie-Kongress in der Hamburger Hochschule für Musik und Theater und der Medical School Hamburg präsentierten mehr als 200 Referierende aus über 40 Ländern neue wissenschaftliche Ergebnisse zur Musiktherapie, verwiesen auf gute Wirksamkeitsnachweise in verschiedenen Bereichen und formulierten Forderungen an die Politik. Die Veranstalter erwarteten fast 1000 Kongressteilnehmende – etwa 700 waren vor Ort, weitere nahmen online teil.

HAMBURG. Musiktherapie zeigt Wirkung. Immerhin hat sie jede dritte Klinik in Deutschland in ihrem stationären Repertoire. Die doppelte Crux an der Sache: Musiktherapeut ist kein klares Berufsbild. Ob man ein entsprechendes Studium absolviert oder nur einen Wochenendkurs hinter sich hat – jeder kann als Musiktherapeut firmieren. Die zweite Crux: Kassen zahlen die Musiktherapie nur im stationären Sektor, aber nicht im ambulanten Bereich. „Das muss sich ändern, denn viele Patientinnen und Patienten, die in der Klinik oder Reha von der Musiktherapie profitierten, stehen nach ihrer Entlassung vor Problemen“, so Beatrix Evers-Grewe, Vorstandsmitglied der Deutschen Musiktherapeutischen Gesellschaft (DMtG) und Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft Künstlerische Therapien (BAG KT), im Rahmen des Kongresses.

Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat die Musiktherapie vor 33 Jahren auf die Heilmittelausschluss-Liste gesetzt – und dort steht sie immer noch. „Wir benötigen deshalb einen Anstoß aus der Politik, damit der G-BA eine eigene Richtlinie für die Musiktherapie erlässt“, sagte Evers-Grewe. Der Ausschuss kann nicht selbst tätig werden. Parallel dazu sollte ein Berufsgesetz für die Musiktherapie auf den Weg gebracht werden – eine klar definierte, geschützte Berufsbezeichnung mit bindenden Ausbildungsanforderungen.

Mona Dittrich (DMtG-Vorstand) schlug als Berufsbedingung einen Bachelor-Studiengang vor. „Inhaltlich umfasst die Ausbildung unter anderem Gesprächsführung, Entwicklungspsychologie, klinische Psychologie und Selbsterfahrung“, berichtete Dittrich. „Dazu kommt die musikalische Ausbildung in verschiedenen Instrumentengruppen und die Vermittlung, wie man Instrumente gezielt musiktherapeutisch einsetzt.“

Die DMtG bemüht sich darum, die Politik zu einem Prüfauftrag an den G-



Herrlich gelegen: Die Hamburger Hochschule für Musik und Theater ist mit rund 1400 Studierenden eine der größten künstlerischen Hochschulen in Deutschland.
Fotos (2): Göttische

BA zu bewegen, so der DMtG-Vorsitzende Prof. Lutz Neugebauer. So hatte es die Musiktherapie in der vergangenen Legislaturperiode unter der Ampelkoalition ins Gesetzgebungsverfahren des geplanten Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetzes geschafft, es zeichne-

ten sich Kompromisse ab. Der Erfolg zerbrach zusammen mit der seinerzeit regierenden Ampel-Koalition. Immerhin, so Prof. Neugebauer, sei man mittlerweile im Gespräch mit der neuen schwarz-roten Regierung, um die Möglichkeiten einer Auftragserteilung an

den G-BA auszuloten.

Die Musiktherapeuten wissen immerhin die – nun allerdings oppositionellen – Grünen an ihrer Seite. Per Video zugeschaltet äußerte sich der Grünen-Bundestagsabgeordnete Johannes Wagner zu dem Themenkomplex,

er gehört dem Gesundheitsausschuss an. Die Grünen treten sowohl für ein verbindliches Berufsbild als auch für die Musiktherapie als Regelversorgung im ambulanten Bereich ein. „Dabei sind natürlich teilweise dicke Bretter zu bohren“, so Wagner. Am Ende tauche immer dieselbe Frage auf: Wer soll das bezahlen? „Kritische Stimmen mahnen, das Gesundheitssystem nicht zu überfrachten.“ Eine für Wagner falsche Fragestellung: „Hier wird am verkehrten Ende gespart.“

Sinnvoll sei es, für öffentliche Aufmerksamkeit zu sorgen, „um das Thema groß zu machen“. Als Beispiel nannte er die nationale Strategie „Mentale Gesundheit für junge Menschen“ der Bundesregierung, sie könne ein gutes Vehikel für mehr Aufmerksamkeit sein. Strategien wie diese seien zunächst zwar nur Willensbekundungen, könnten aber der Anfang zur Erstellung eines politischen Konsenses sein. Wirksam könne es auch sein, prominente und beliebte Fürsprecher zu gewinnen: In Hamburg beispielsweise nahm der Liedermacher Rolf Zuckowski (Stiftung Kinder brauchen Musik) an einer Podiumsdiskussion teil.

Allerdings, räumte Wagner ein, sei auf diesem Gebiet noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Wagner schlug in diesem Zusammenhang beispielsweise ein Parlamentarisches Frühstück in Berlin vor, um in der Politik weitere Aufmerksamkeit für die Musiktherapie zu schaffen.

Michael Göttische

Verstärkte Forschung – „Gute Evidenz“

■ **Musiktherapie überwindet Sprachbarrieren und dämpft Schmerzen**

Heute gehört die Musiktherapie im stationären Bereich zum bewährten Behandlungskonzept etwa bei Angststörungen, Depressionen und Suchtproblematiken oder bei Folgen von Einsamkeit und Isolation, sagt Prof. Lutz Neugebauer. Auch bei neurologischen Erkrankungen wie Multiple Sklerose, Morbus Parkinson oder zur Rehabilitation nach Schlaganfällen kommt Musiktherapie zum Einsatz. Bei Parkinson hilft nachgewiesenermaßen speziell Tango-Tanzen. Die Wirksamkeit der Musiktherapie sei in den vergangenen Jahren verstärkt erforscht worden. Seit 1996 seien der medizinischen Datenbank Pub Med zufolge fast 9000 Fachartikel zur Musiktherapie erschienen, darunter etwa 1500 randomisierte, kontrollierte Studien und 360 systematische Übersichts-



Prof. Lutz Neugebauer ist Vorsitzender der Deutschen Musiktherapeutischen Gesellschaft (DMtG).

arbeiten und Metaanalysen.

„Es liegt gute Evidenz für die Wirksamkeit vor“, betont Neugebauer. So

trägt die Musiktherapie bei der Behandlung von Menschen, die eine Krebsdiagnose haben, nachweislich zur Linderung der psychischen Begleiterscheinungen wie Depressionen und Angst bei. „Wirksam ist die Musiktherapie insbesondere auch für Jugendliche und junge Erwachsene, die traumatische Erfahrungen durch familiäre Gewalt, Flucht oder Krieg gemacht haben“, ergänzt der DMtG-Vorsitzende. „Hier findet die Musiktherapie Zugänge jenseits der Muttersprache und überwindet Sprachbarrieren.“ Musiktherapie ist generell das Mittel der ersten Wahl in allen Fällen, in denen Sprache an ihre Grenzen stößt – etwa auch bei Menschen mit Einschränkungen.

Besonders gut erforscht und erprobt sind musiktherapeutische Anwendungen bei chronischen und akuten

Schmerzen. „Insgesamt ist ihre Wirkung hier ähnlich gut wie die Behandlung mit Opioiden, jedoch ohne unerwünschte Nebenwirkungen“, so Dr. phil. habil. Sabine C. Koch, Professorin für Empirische Forschung in den Künstlerischen Therapien in Bonn. Bei autistischen Kindern verbessern musiktherapeutische Anwendungen Verhaltenssymptome, Sprache und soziale Fähigkeiten.

Dass Musik bei Demenz positiv wirkt, sei seit längerem bekannt: „Gesang und Bewegung gehören in jedes Pflegeheim“, so Koch. Im internationalen Vergleich hinkt Deutschland mit der Umsetzung von kunstbasierten Interventionen anderen Ländern wie Großbritannien, Irland und Litauen hinterher: „Da muss Deutschland aufpassen, dass es den Zug nicht verpasst.“ **(gö/rd)**

Sanfte Klänge am Inkubator

■ **Wie Harfenmusik Frühgeborenen und ihren Eltern hilft**

HAMBURG (rd). Das Katholische Kinderkrankenhaus Wilhelmstift am Hamburger Marienkrankenhaus bietet auf seiner Neonatologie seit Kurzem für Frühgeborene und deren Eltern Musiktherapie an.

Der behutsame Einsatz von Gesang – oft in Form des sogenannten „infant-directed singing“ – oder live gespielter Harfenmusik könne Atmung und Herzfrequenz stabilisieren, Stress reduzieren und die Eltern-Kind-Bindung fördern. Teilweise könne die Sauerstoffzufuhr reduziert werden.

Eine Studie habe außerdem ge-

zeigt, dass personalisierte Musikinterventionen die Nahrungsaufnahme verbessern, sich auf die Entwicklung des Gehirns positiv auswirken und die Klinikaufenthaltsdauer verkürzen könne, so Musiktherapeutin Leela Alette Hinrichs.

Es handelt sich um kein regulär finanziertes Angebot der Krankenkassen. Es wird ausschließlich durch Privatspenden ermöglicht und durch die Stiftungen Kulturglück und Dorit und Alexander Otto Stiftung unterstützt.

Eine solche Finanzierung von Musiktherapien ist kein Einzelfall, wie

auch auf dem Hamburger Musiktherapie-Kongress deutlich wurde. Nadine Weber-Kroschke schilderte, wie ihre Kroschke-Kinderstiftung einige Projekte im Hamburger Umfeld bei der Bereitstellung von künstlerischen Therapien unterstützt und auch die Ausbildung von Musiktherapeuten durch Stipendien fördert. An der Hamburger Uni-Klinik UKE etwa habe die Stiftung einige Jahre lang die Musiktherapie in der Kinder- und Jugendpsychiatrie unterstützt. Weber-Kroschke: „Mittlerweile ist diese Stelle vom UKE voll budgetiert worden.“



Heilsame Klänge der Harfe beruhigen und können Stress bei Frühgeborenen reduzieren.
Foto: Kath. Kinderkrankenhaus Wilhelmstift